

# Kielbeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Kielbeker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petitzelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größeres früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 288.

Mittwoch, den 9. Dezember 1908.

15. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

### Ein Märchenerzähler.

Auf einem Festessen der Deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin hat Staatssekretär Dernburg wieder einmal eine seiner Verherrlichungsreden über die deutschen Kolonien gehalten und dabei auch nicht an Selbstlob gespart. Der Scherl'sche „Kolonialzeiger“ berichtet darüber:

„Der Staatssekretär . . . wandte sich dann den realen Verhältnissen des dortigen Gebietes zu. Die Männer sind reicher, die man gefunden, seien viel reicher, als die Welt bisher geglaubt. Die Finanzen des Schutzbereiches seien den Witterungen eines langjährigen Krieges zum Trotz sehr gut. . . . Er ging vom Jahre seines Amtsantrittes aus und zog folgende Bilanz: Im Jahre 1907 erforderte Ostafrika einen Zuschuß von 6 Millionen Mark, der 1908 auf 4 Millionen Mark herabgesunken und für 1909 auf 2½ Millionen Mark angelegt ist. Kamerun erhöhte 1907 3 Millionen Mark, im nächsten Jahre 2 700 000 Mk. und begnügt sich für 1909 mit einem Zuschuß von 1 600 000 Mk. Südwestafrika hatte 1907 65 Millionen Mark erfordert, 1908 verlangte es 38 Millionen Mark und wird 1909 deren noch 18 Millionen Mark bedürfen. Aber immerhin auch hier ein rascher Rückgang in den Forderungen. Bei Neuguinea blieben mit 111 000 Mk. die Zuschüsse sich gleich. Bei den Marianen hatte 1907 das Reich noch 340 000 Mk. Zuschuß zu gewähren und für das kommende Jahr ist ein Überschuss von 62 000 Mk. zu erwarten. Samoa erhöhte 1907 noch 180 000 Mk. und wird 1909 einen Überschuss von 58 000 Mk. gewähren. Als er in das Staatssekretariat einztrat, waren 7,5 Millionen Mark für die Kolonien erforderlich, und 1909 werden es nur noch 2,3 Millionen Mark sein. Und lasse man Südwestafrika aus dem Spiel, so habe das Deutsche Reich im kommenden Jahre für seine Kolonien im ganzen 5 Millionen Mark aufzuwenden. Der Staatssekretär erwähnte sodann, daß Südwestafrika eine Gemeinde- und Landverfassung erhalten hat, und daß er sich davon die reichsten Erfolge verspreche. Er berührte die Eisenbahnfrage und behandelte die Eingeborenenpolitik, die dahin geführt habe, daß ohne jede Erschütterung des Arbeitsmarktes jedes Unternehmen heute gewagt werden könnte. An der Spitze aller Kolonien ständen jetzt tüchtige Männer, denen jedes Vertrauen entgegengebracht werden dürfe.“

Dernburg hat damit wieder einmal den Befähigungsnachweis als Märchenerzähler abgelegt. Ein Glück, daß ihn die Darmstädter Bank losgeworden ist, denn Bänken dieser Art hätte das Unternehmen sicherlich nicht lange ausgehalten!

Doch die Zahlen im einzelnen nicht stimmen, wäre noch nicht das schlimmste, wenn wenigstens die Aufmachung im ganzen annähernd richtig wäre. Aber auch das ist nicht der Fall!

Dernburg renommiert damit, daß der Reichszuschuß für die Kolonien mit seinem Amtsantritt von 75 auf 23 Millionen herabgegangen wäre. In Wirklichkeit beträgt er nach dem Entwurf für 1909 34½ Millionen, wozu noch 2 Millionen für Verzinsung der circa 6 Millionen Kolonialschulden kommen, die sich die Kolonien seit dem vorigen Jahre zugelegt haben! Das sind bereits 36½ Millionen! Er würde aber gar 38,7 Millionen betragen, wenn nicht die 2 147 488 Mark, die bisher für das ostasiatische Marine- und Landwirtschaftsamt durch Zuschuß für Kanonenkou aufgebracht wurden, in dem Entwurf für 1909 auf den Marinestafft übernommen worden wären! Der Zuschuß ist also gegenüber den 56,7 Millionen des Jahres 1908 nur auf 38,7 Millionen herabgegangen, hat sich also nur um 19 Millionen vermindert, nicht um 33 Millionen, wie Herr Dernburg — erzählte!

Und wie kam diese Verringerung des Reichszuschusses zustande? Durch Dernburgs geniale Verwaltung? Ach, nein! Ganz einfach dadurch, daß sich für Südwestafrika die Militärausgaben um fast 20 Millionen verringerten! Durch das Erlöschen des bei Dernburgs Amtsantritt noch nicht beendeten Krieges erklärt sich auch ganz allein die Herabminderung des Reichszuschusses gegenüber 1907! Gegenüber der Zeit vor dem Kriege hat sich der Zuschuß nicht vermindert, sondern seit 1903/1904 vielmehr um 11½ Millionen erhöht! Und wenn die Eisenbahnbauten, die früher im Kolonialstat in Erziehung traten, fest nicht durch das famose System der Kolonialschulden verschleiert würden, würde die Erhöhung des Zuschusses noch eine ganz andere sein!

Wenn es mit den Dernburg-Diamanten ebenso steht wie mit den Dernburg-Zahlen, so können wir baldigst eine böse Minenpleite erleben!

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

##### Eine Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes

Ist nach der Richtung hin geplant, daß die in den deutschen Kolonien weilenden Reichsangehörigen mit in das Gesetz einbezogen werden. Das Gesetz spricht nur von Personen, die innerhalb der Reichsgrenzen wohnen. Die Kolonien werden aber als Ausland betrachtet und dadurch haben die nach den Kolonien ausgewanderten, versicherungspflichtig gewesenen Personen mit der Auswanderung gleichzeitig ihre Rechte eingebüßt.

##### Wie die Summe der Pensionen wächst.

Die Ausgaben aus dem Allgemeinen Pensionsfonds sind in dem neuen Statut 1909 um über 4½ Millionen Mark höher angesetzt worden als im Statut für 1908, nachdem erst im Vorjahr eine Steigerung um mehr als 3 Millionen Mark erfolgt war. Der Hauptanteil an der Erhöhung entfällt mit fast 3½ Millionen Mark auf das Reichsheer, bei dem die Pensionen usw. von 84 453 447 Mk. auf 87 758 185 Mk. gestiegen sind. An der Zunahme um 3,3 Millionen Mark sind die Offiziere mit 2,2 die Mannschaften nur mit 0,34 und die Hinterbliebenen mit 0,74 Millionen Mark beteiligt. In den letzten 6 Jahren hat sich die Ausgabe des Pensionsfonds für das Reichsheer um 25 Millionen Mark oder 40 Proz. erhöht. Bei der Marine nimmt der Statut für 1909 eine Ausgabe aus dem Pensionsfonds von 9 093 104 Mk. an gegen 8 386 354 Mk. im Jahre 1908, so daß eine Zunahme um 706 750 Mk. (1908 um 1 117 000 Mk.) stattfinden wird. In den letzten 6 Jahren ist die Ausgabe für Pensionen in der Marine um 4,2 Millionen Mark gestiegen und hat sich damit um 94,7 Proz. erhöht, also fast verdoppelt. Die Invalidenpensionen infolge der Expedition nach Ostasien sind im letzten Jahre von 3 447 000 Mk. auf 3 738 830 Mk., also um 291 000 Mk. gestiegen. Für die Beamten der Zivilverwaltung ist die Ausgabe aus dem Pensionsfonds für das Staatsjahr 1909 auf 2 958 094 Mk. angesetzt gegen 2 886 775 Mk. im Jahre 1908, also nur um 71 319 Mk. (im Vorjahr um 254 605 Mk.) erhöht. Die gesamten Ausgaben aus dem Pensionsfonds haben jetzt die Summe von 100 Millionen Mark überschritten, indem sie sich auf 104,21 Millionen Mark belaufen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß 35,23 Millionen Mark Pensionen usw. aus dem Reichsinvalidenfonds gezahlt werden, so daß die Gesamtausgabe an Pensionen usw. nicht weit hinter 140 Millionen Mark zurückbleibt.

Am dem Anwochen der Militärpensionen sind also die Offiziere mit über zwei Dritteln der Mehrsumme beteiligt. Ähnlich liegt das Verhältnis mit den Militärpensionen überhaupt. Die „Verjüngung der Armee“ spielt bei diesem Anwochen eine große Rolle. Es werden jährlich zahlreiche Offiziere pensioniert, die keineswegs alle dienstuntauglich sind. Der Nachwuchs wartet auf das Avancement; da müssen die Alten weichen. Die gewaltigen Kosten darf das Volk bezahlen.

##### Die kommende Betriebs-Unternehmer-Partei.

Herr Alexander Tille arbeitet mit zäher Ausdauer an der Schaffung eines politischen Bundes der Industriellen nach Muster des Bundes der Landwirte, der sich so viel politischen Einfluß in Gesetzgebung und Verwaltung zu eringen verstand. Da der erste Versuch, bei Wahlen neben den politischen Parteien noch eine selbstständige „Betriebs-Unternehmer-Partei“ einzutragen zu lassen, bisher noch zu keinem Resultat führte, trägt Herr Tille in seinem Blatt alles zusammen, was für diesen Gedanken spricht. In der letzten Nummer der „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ (Nr. 49 vom 4. Dezember) wird unter der Überschrift „Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ nachgewiesen, welchen Umfang die Unternehmer-Organisationen im Baugewerbe bereits angenommen haben. Nach dieser Nachweisung bestehen im Deutschen Reich örtliche Organisationen des Baugewerbes in 482 Städten, und von ihnen gehören 447 bereits dem „Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ an.

„Nimmt man dazu“ — so fährt das genannte Blatt fort — „die Ortsverbände der übrigen gewerblichen Oberorganisationen, so ergeben sich gegen 2500 Arbeitgeberverbände örtlicher Art im Deutschen Reich in etwa 800 Orten. Sobald dieselben in einer politischen Organisation des deutschen Arbeitgebertums dieselbe Rolle spielen wollen wie die Freien Gewerkschaften in der politischen Organisation der Lohnarbeiter, sozial könnten sie es auch

und bei dem Vorhandensein von vereinhalb Millionen gewerblicher Betriebe im Deutschen Reich ist es ein Unzug, zu behaupten, daß das deutsche Arbeitgebertum stets zur politischen Ohnmacht verdammt sein müsse.“

##### Das Zentrum als Volkspartei.

Das Zentrum hat sich bei den letzten Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus dazu verstanden, auch einige Arbeiterkandidaturen aufzustellen. Es sind dann in der Tat sechs katholische Arbeiter zum Landtag gewählt worden, davon zwei allerdings mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Stichwahl gegen die Nationalliberalen. Das Zentrum hat von diesen Arbeitervertretern, die seiner Landtagsfraktion angehören, ein großes Wesen gemacht, und sich als diejenige bürgerliche Partei herausgestrichen, die allein Verständnis habe für die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Was in Wirklichkeit die Arbeiter beim Zentrum zu bedeuten haben, zeigt die Zusammensetzung des jetzt eingerichteten Landesausschusses der preußischen Zentrumpartei. Diesem gehören an die Vorstandsmitglieder der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, unter ihnen ist kein Arbeiter; die Vorsitzenden der Provinzialausschüsse des Zentrums, auch hier kein Arbeiter, und endlich sieben hinzugewählte Mitglieder, darunter ebenfalls kein Arbeiter.

In der Organisation der preußischen Zentrumpartei haben also die Arbeiter nichts zu sagen. Dagegen sind in dem ultramontanen Landesausschuß vertreten vier Grafen, ein Freiherr, vierzehn Juristen, vier Geistliche, vier Fabrikanten und Kaufleute, ein Generaldirektor usw. So versteht das Zentrum die „Gleichberechtigung der Arbeiter“.

##### Zimmer langsam voran!

Die Parole des Krähwinkel'schen Landsturmes ist auch die der „Fassungskommission“ des Reichstages. Die hierzu ernannte Geschäftsförderungskommission, die zum Zwecke der Beratung der Fassungsanträge (Ministerverantwortlichkeit und Änderung der Geschäftsförderung bezüglich der Behandlung von Interpellationen) auf 28 Mitglieder verstärkt worden ist, trat gestern zu einer Vorbesprechung zusammen. Vertreter der verbündeten Regierungen waren nicht anwesend. Die Kommission beschloß, zunächst in die Beratung der auf die Änderung der Geschäftsförderung über die Interpellationen bezüglichen Anträge einzutreten. Darauf soll sich die Beratung der Fassungsanträge schließen. Nach eingehender Erörterung, auch über die Heranziehung des von anderen Fassungsstaaten vorliegenden Materials vertrat sich die Kommission gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten und Polen auf den 15. Januar u. s. f. (1)

Optimisten im Reichstage hatten gemeint, die Änderung der Geschäftsförderung könne binnen acht Tagen durchgeführt sein. So eilig hatte man es nicht; Es hatte man im Reichstage nur, als es galt, durch eine Berichtigung der Geschäftsförderung im reaktionären Sinne bei den Kämpfen um den Zolltarif die Minderheit mundtot zu machen. Nach dieser ersten Leistung der Kommission kann man annehmen, daß die Kommission sich zu einer Begräbniskommission entwickeln wird.

##### Die „stummen“ Versammlungen vor Gericht.

Im rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriegebiet, z. B. in Duisburg, Ruhrort usw., haben bekanntlich die Polen neuerdings sogenannte „stumme Versammlungen“ veranstaltet, d. h. es wurde in denselben nicht gesprochen, sondern durch Aufschreien an eine Tafel verhandelt, auf welche Weise auch eine Resolution zur Kenntnis und notabene Annahme durch die Versammlung gelangte. Die Staatsanwaltschaft erhob wegen Übertretung des neuen Vereinsgesetzes gegen den Einberüter Adalbert Sosinski Anklage. Kürzlich stand diese Sache vor der Strafkammer in Duisburg zur Verhandlung. Dieselbe endete, wie dem „Ostpreußischen“ gemeldet wird, mit Freispruch des Angeklagten. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Es war entschieden ein guter Witz der Polen, durch ihre „stummen“ Versammlungen zugleich den Sprachenparagraphen des Block-Vereinsgesetzes zu verhöhnen und die preußische Polizei zu ärgern. Dass aber die Staatsanwaltschaft die Sache vor Gericht brachte, um sich bestimmt zu lassen, daß die Fopperei der Polizei gekreidet nicht zu verhindern sei, setzt dem Ganzen die Krone auf. Die Lächerlichkeit der Sache könnte schmunzelnd genossen werden, wenn nicht die Scham darüber, daß der Sprachenparagraph im Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts überhaupt noch möglich ist, die Freude störte.

### Keine Schücking-Interpellation.

Die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat beschlossen, im Preußischen Landtag keine Interpellation über den Fall Schücking einzubringen. Man will abwarten, bis das Disziplinarverfahren vollständig abgeschlossen ist. — Nach den großen Worten, die die Freisinnigen am Anfang des Falles Schücking machten, nimmt sich dieser Rückzug recht kläglich aus.

### Noch ein Kaiserinterview.

Der Kaiser hat vor einiger Zeit eine Rede in das Grammophon gehalten. Wie die "Berliner Volkszeitung" mitteilt, ist der amerikanischen Firma aufgegeben worden, daß diese Platte vor dem Tode des Kaisers nicht in den Verkehr gebracht werden dürfe. Durch die Indiskretionen der letzten Zeit gewichtet, sollen nunmehr die Platten von der amerikanischen Firma zurückverlangt werden sein, damit jede Verbreitung der Grammophonrede verhindert wird.

### Gegen ein Reichsberggesetz

hat sich der sächsische Finanzminister Dr. von Ruegger im sächsischen Landtage erklärt. Die sächsische Regierung befürchtet, daß die von den Bergleuten gewählten Grubenkontrolleure zu einem Werkzeug der Sozialdemokratie werden würden. Deshalb sei die sächsische Regierung auch nicht für ein Reichsberggesetz; sie stehe mit dieser Ansicht auch nicht allein, vielmehr seien alle Bundesregierungen derselben Meinung. — Traurig!

### Der Statat für den Reichstag

weist eine Einnahme von 17 460 Mk. gegenüber einer Ausgabe von 2 209 070 Mk. auf. Eine wesentliche Erhöhung haben die Kosten der Drucklegung der Reichstagsdrucksachen erfahren, die nicht mehr vom Reichsamt des Innern, sondern aus dem Reichstagsfonds bezahlt werden müssen. — Als Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten sind 1 191 000 Mk. angesetzt. — Für Ergänzung der Reichstagsbibliothek werden 38 000 Mk. ausgegeben.

### Die Aussichten auf die Einführung von Schiffahrtsabgaben

sollen nach den "Münchener Neuesten Nachrichten" sehr ungünstig sein. Es sei schon zweifelhaft, ob eine solche Vorlage im Bundesrat eine Mehrheit findet. Selbst aber dies vorausgesetzt, sind dann diplomatische Verhandlungen mit den Auslandsstaaten notwendig, namentlich mit Österreich, die wenig oder gar keinen Erfolg versprechen. Außerhalb all dieser Schwierigkeiten sei die Einbringung dieser Vorlage höchst zweifelhaft geworden.

### Die Wahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Nachdem unsere Partei bei den Stichwahlen in Stadt- und Landtag durch die Haltung des Freisinnens unterlegen ist, sieht sich der Landtag zusammen aus 6 Sozialdemokraten, sechs Agrariern, drei Nationalliberalen und einem Freisinnigen.

### Eine Abfrage an die sächsische Wahlrechtsrauber.

In der "Dresdner Volkszeitung" wird ein Brief des englischen Genossen Keir Hardie veröffentlicht. Der Abgeordnete Dr. Keir Hardie hatte in der 2. sächsischen Kammer behauptet, daß der ungarische Minister-Präsident Andrássy sich an den deutschen Reichskanzler und an den englischen Ministerpräsidenten gewandt habe wegen der Stellung zum Pluralwahlrecht, und daß ihm beide über einstimmend geantwortet hätten, das Pluralwahlrecht sei die einzige Methode, die den Anforderungen der Zivilisation entspreche. Der englische Minister-Präsident bestreitet in einer Antwort an Keir Hardie, daß er jemals eine derartige Aufführung getan habe. Es sei an der ganzen Geschichte kein Wort wahr.

### Frankreich.

Eine Vizezregierung. Die französische Regierung hat den Admiral Gérinéet, den Chef des Mittelmeer-Geschwaders, seines Amtes entzogen. Der Grund dafür ist, daß der Admiral in einem Interview verschiedene Missstände über die Ausstattung der Schiffe mit Munition erörtert hatte. Die Regierung kann zwar die Richtigkeit der Aufzügungen nicht ableugnen, hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß der Admiral durch die öffentliche Erörterung die Disziplin verletzt hat. Das Vor gehen der Regierung findet aber in der Presse eine überwiegend ungünstige Beurteilung, und wird auch in der Kammer zur Sprache gebracht werden.

Der Sieg der Barbarei. Bei der gestrigen Be ratung des Comité zur Abänderung des französischen Strafgeebuchs nahm die Kammer den Paragraphen I des Artikels 1, der die Todesstrafe aufrechterhält, in der Fassung der Kommission mit 330 gegen 291 Stimmen an.

### Rußland.

Korruption. Eine Fäste, die selbst für Rußland, wo die Rauhigkeit und Besiedeltheit der Behörden eine allgemein bekannte Tatsache ist, etwas geradezu Unheimliches ist, wird jetzt von der "Reichs" aus Tageslicht gebracht. Es handelt sich um die Heidentaten der Moskauer Polizei, die im trauten Bund mit Räubern und Dieben sich an zahlreichen Expropriationen beteiligt und sogar solche organisiert hatten. Und nicht gerade die niederen Behörden sind es, die in die Akte verwickelt. Sogar der Generalmajor Reindorff, der Moskauer Stadthauptmann hat es, wie wir bereits kurz berichteten, nicht verschämt, mit gewissen Verbrechern gemeinsame Sache zu machen. Wie weit das Einverständnis zwischen Räubern und Polizei gewiesen war, zeigt u. a. folgendes: In allernächster Nähe Moskaus, in einem sehr belebten Südlichen an der Eisenbahnlinie Rjasan-Moskau, hatte sich seit ein paar Jahren ein gewisser Schestakow angesiedelt und war vor Augen aller aus einem armen Teufel — ein seltsamer Mann geworden. Dieser Umstand ließ seine sonderbare Lebensweise — großer Be rührte mit Freunden, geheimnisvolle Lagerhäuser, die er hatte errichtet lassen, stets wechselnde, bald rote, bald schwarze, bald graue Vorhänge an den Fenstern — erregte das Interesse seiner Nachbarn. Nur die Polizei, die doch fast in jedem und allem eine Gesetz für den Staatswille blieb, blieb ruhig. Sie blieb es auch dann, als Einwohner, die so über die Eigenwilligkeiten des Hauses

Shestakow ausgelassen hatten, erschossen aufgefunden waren, auch dann, als Räuber und Expropriationen immer häufiger und frecher wurden. Die Sache klärte sich aber ganz einfach auf: das Haus Schestakows war das Hauptquartier einer Bande, die im Einverständnis mit den Moskauer Polizeibehörden und einer Reihe Eisenbahnbeamter die zahlreichen Expropriationen und Eisenbahnzugüberfälle initiiert hatte. Unter den schlimmsten Fällen der Polizei fühlte sich die Bande so sicher und geborgen, daß sie es wagte, mitten am helllichten Tage "Probexpropriationen", "Probeküsse" auf Jüge usw. zu veranstalten. Die findige Polizei konnte "trotz aller Anstrengungen" die Urheber der Räuberien natürlich nie finden.

Bezdejnd ist es, wie der Bund von Polizei und Verbrechern ans Licht kam. Nach einer Expropriation im benachbarten Gouvernement Rjasan gelang es der Rjasaner Polizei, den Räubern auf die Spur zu kommen und ihr Quartier in Moskau zu entdecken. Als aber der Moskauer Polizeibehörde davon Mitteilung gemacht wurde, weigerte sich der Beamte L., der die Meldung in Empfang nahm, das Nest auszuheben. Der Rjasaner Beamte wandte sich nun an den nächsten Vorgesetzten, Stefanow; als man aber die Überprüfung der Bande vornahm, ergab es sich, daß die betreffende Wohnung niemand andern, als eben diesem L. gehörte! L. versuchte nun, Stefanow zu bestechen, aber dies mißlang und letzterer erklärte, er würde die Sache dem Chef der Kriminalpolizei melden. Da kam er aber schön an! Dieser und der Gouverneur hatten ihren Geldanteil an der Expropriation bereits in der Tasche, und die nächste Folge der Meldung Stefanows war seine schlimmste Entlassung. Erst als Stefanow den ganzen Vorfall nach Petersburg berichtete, wurde eingeschritten und eine Untersuchung unter der Leitung des Senators Garin eingeleitet, die die schlichte Verabschiedung einer ganzen Reihe Moskauer Beamten bereit zur Folge hatte. Reimbot mußte seinen Posten "aus Gesundheitsgründen" verlassen.

Alle diese mitgeteilten Tatsachen stammen — so unwahrscheinlich und an Sherlock-Holmes-Geschichten gemahrend sie auch klingen — aus offiziellen Dokumenten und Bildern, wie die "Reichs" versichert, nur einen winzigen Bruchteil aller der skandalösen Affären, die durch die Untersuchung ans Licht gelangt sind. Man stelle sich aber vor, wie es im Innern Russlands, in den Tausenden kleiner Städten, wie es endlich auf dem flachen Lande aussieht, wo jeder Polizist ein kleiner Zar ist, wenn in der zweiten Hauptstadt des Reiches, sozusagen vor der Nase der obersten Behörden, der Polizeiumpf solche dufste Blüten treibt.

### Perseien.

Auch eine gesetzgeberische Körperschaft. Die Statuten für den neuen Staatsrat bestimmten, daß der Staatsrat sich aus 32 Abgeordneten und 18 Räubern zusammensetze, die sämtlich vom Schah ernannt werden. Der jetzige Staatsrat bleibt zwei Jahre im Amt. Er hat sowohl gesetzgebende Gewalt als auch die Kontrolle über die einzelnen Abteilungen der Verwaltung; Anleihen und Konzessionen bedürfen seiner Zustimmung. Sämtliche Entscheidungen des Staatsrats unterliegen der Genehmigung des Schahs.

### Amerika.

Zurückziehung der Truppen aus Kubá. Das Kriegssekretariat gibt bekannt, daß die ersten amerikanischen Truppen Kubá am 1. Januar verlassen. Die Rücksendung werde bis zum 28. Januar dauern, an welchem Termine die provisorische Regierung ihr Ende erreicht. Eine geringe Truppenzahl soll indessen bis April zurückbleiben, um während des Überganges der provisorischen in die reguläre Regierung verfügbar zu sein.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 9. Dezember.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahnstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Aftordarbeit ist über die Aftordanten (Zwischenmeister) Mädel, Hakenburger Allee Nr. 51, Fabrik, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Göder u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—28, Schmiede in der Hafenstraße, Sielbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sielbauarbeiten in der Marienstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Göder, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgelegten Arbeitzeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Aftordanten F. Mädel und F. Fabris im Küchhausen und über den Eau Hafenstraße (Grüzmühle) wegen Entlastung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im Vereinshaus stattfand, war außerordentlich stark besucht. Genosse Wehrlein hielt einen interessanten Vortrag über "Die Dose der Kaiser". In eingehender Weise kritisierte Redner das bestehende Militärsystem, durch welches die Soldaten zu willenlosen Automaten erzeugt werden, die sich nicht muten dürfen, wenn die Vorgesetzten sie stoßen und schlagen, oder die ekelhaften Bestrafungen von ihnen verlangen. Das über 60 Jahre alte Militär-Strafgesetzbuch enthalte drakonische Strafen gegen Untergebene, während für die Vorgesetzten geringfügige Strafen in Betracht kommen. Redner zeigt an mehreren Beispiele die Verschiedenheit der militärischen Rechtsprechung. Von bürgerlicher Seite wird an den Rüstständen, die sich infolge eines verfehlten Systems im Heer zeigen, eine nennenswerte Kritik nicht geführt, da die Söhne der Bourgeoisie meistens als Einjährige dienen und unter den Misshandlungen von Vorgesetzten nicht so zu leiden haben, wie die große Masse des Volkes. Einzig die Sozialdemokratie, welche für ein wirkliches Volktheit eintritt, fordert die gründliche Revision des Heereswesens und der Militärgerichtsbarkeit. Sie verlangt auch für den Soldaten das Recht der Notwehr gegenüber dem Vorgesetzten. Damit würden die vielen Soldatenmisshandlungen aus leichtesten aus der Welt gelöscht. Bedauerlich sei es, daß viele Leute die militärischen Gewaltigkeiten aus den Kriegen übersehen und nur glücklich fühlen in der Erinnerung an das Soldatenleben, das ihnen Käufe und

Stöße gebracht hat. Kriegervereine, die den "militärischen Geist" pflegen, Gesinnungsknäuel betreiben und die Arbeiter sogar von dem Beitritt zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen abhalten, müssen gemieden werden. Mit der Aufforderung zum unausgefehlten Kampf gegen das gegenwärtige militärische System schloß Genosse Mehrlein seinen beispielhaft aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion warnte Genosse Dr. Schlosser die Eltern davor, ihren Kindern zu Weihnachten Bleisoldaten und andere Spielsachen zu schenken, die gezeigt seien, den Kleinen eine falsche Vorstellung für das Militär einzupflanzen. Auch vor dem Eintritt der jungen Leute in bürgerliche Turnvereine, die den Kurrenpatriotismus pflegen, müsse gewarnt werden. Redner kritisierte dann noch die Art, wie Senator Dr. Vermehren auf dem Fest des Kameradschaftsbundes über die mit dem persönlichen Regiment im Zusammenhang stehenden Ereignisse sich ausgelassen habe. Der Regimentskommandeur könnte es sich auf dem Fest sogar gestatten, mit einem eventuellen Krieg zu spielen. Das ganze persönliche Regiment ist überhaupt ohne den Geist des Militarismus nicht möglich. (Lebhafte Beifall.) Im weiteren Verlauf der Debatte schilderten noch verschiedene Redner ihre trüben Erfahrungen in der "Ferienkolonie". Es wurde sodann beschlossen, auch in diesem Jahre eine Silvesterfeier zu veranstalten. Mit den Vorarbeiten wurde eine elfköpfige Komitee betraut. Im Verschiedenen machte Genosse Gustav Ehlers noch auf den Jugendunterhaltungssabend aufmerksam, der am kommenden Sonntag im Vereinshaus stattfindet und zu dem der Zutritt unentbehrlich ist. Die Genossen möchten ihre Angehörigen, die sich im Alter von 14—18 Jahren befinden, auf diese Veranstaltung hinweisen und sie zum Besuch derselben veranlassen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

**Das Amtsblatt für den Mörder.** Wir lesen in der heutigen Morgenausgabe der "Lübeckischen Anzeigen" folgende Notiz:

**Gotha.** Infolge gewerkschaftlicher Verhebung schob der früher in einer kleinen Brauerei beschäftigte Braubursche Ludwig seinen Arbeitskollegen Kühn mit einem Revolver nieder. Ludwig war aus seiner hiesigen Stellung entlassen worden, weil er sich weigerte, sich gewerkschaftlich oder politisch zu betätigen, weshalb seine Arbeitsgenossen nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten wollten. Er ging deshalb nach Dortmund, hatte aber auch dort kein Glück. Er glaubte nun, daß Kühn, sein heftiger Gegner, ihm auch in Dortmund durch Verleumdung entgegenwirke. Nachdem er noch an mehreren anderen Stellen gearbeitet hatte, schrieb er an Kühn und bat ihn, der an seinem Angestellten schuld sei, ihm hier wieder Arbeit zu besorgen. Ludwig kam nach hier und suchte Kühn an seiner Werkstatt auf. Als dieser ihn höhnisch zurückwies, schob er ihn durch einen Schuß ins Bein nieder und stellte sich sodann der Polizei.

Während das Amtsblatt früher nicht genug über sozialdemokratische Mörder zetzen konnte, die nur in seiner Einbildung existierten, findet es für die folge. Tat des Ludwig kein Wort der Verurteilung; im Gegenteil, es sucht die Verbindung mit dem blöden Gedanke von gewerkschaftlicher Herbezug zu rechtfertigen. Das ist bezeichnend für den Charakter des nationalliberalen Organs. Welche Schimpfanade hätten die "Lübeckischen Anzeigen" wohl gegen die Arbeiterschaft eröffnet, wenn etwa ein Mann, der durch schwere Eisten von dem Unternehmertum von Ort zu Ort getragen und dem Glanz überliefert worden ist — wie das nicht selten vorkommt — einen Kapitalisten niedergeschlagen hätte. Hier, wo es sich um den Mord eines organisierten Arbeiters durch einen indifferenten Menschen handelt, findet nicht der Verlehrte sondern der Mörder die Auffälligkeit. Wir finden übrigens im Gothaer "Volksblatt" folgende Darstellung des Sachverhalts: Ludwig war vor anderthalb Jahren aus der Arnoldischen Brauerei entlassen worden. Am Donnerstag reiste er von Schleswig nach Gotha; in der Abfahrt, Kühn zu töten. Er stellte sich zu diesem Zweck vor der Brauerei auf. Boredem hatte er aber erst einen Drohbrief an Kühn abgeschickt und zugleich auch bei der Brauereileitung schriftlich um Wiedereinstellung nachgefragt. Als der Brauer Mögauer dem Ludwig die Antwort der Brauereileitung, dahingehend, daß es die Arbeit erlaubt, mit Ludwig wieder zu arbeiten, schriftlich überbrachte und dabei auch Kühn sich sehen ließ, zielte Ludwig auf letzteren und traf sein Opfer in das dicke Fleisch des linken Beckens. Der Verwundete wurde ins Krankenhaus gebracht. Die "Autogummie" Presse, allen voran der "Göttinger Allgemeine Anzeiger", entschuldigt die Bluttrut des gewalttätigen Menschen damit, daß "gewerkschaftliche und politische Streitigkeiten die Ursache" gewesen sein sollen — jetzt 1½ Jahre nach seiner Entlassung. Gedenfalls müssen gewichtige Gründe vorliegen, die es der Brauereileitung tatsächlich erscheinen lassen, dem Wunsche der gesamten Arbeiterschaft nachzukommen und Ludwig nicht wieder einzustellen, aber das kümmert diese Sorte Presse nicht, denn das paßt nicht in das Konzept der Hege gegen organisierte Arbeiter. Auch das ist falsch, daß sich Ludwig selbst getötet hat. Er wurde von der Polizei auf der Straße festgenommen.

Aus dem lübeckischen Staatsdienst entlassen. Der Senat hat dem Brandinspektor Hermann Heinrich August Eauer die nachgelagerte Entlassung aus dem lübeckischen Staatsdienst zum 31. Dezember 1908 bewilligt.

**Lübeck-Bücherer Eisenbahn-Gesellschaft.** Betriebs Ergebnisse für den Monat Novbr. 1908. Bekördert sind (nach den vorläufigen Ermittlungen):

1908: 365 972 Personen und 136 057 Tonnen Güter gegen 1907: 336 944 148 141

Eingenommen sind:

Gef.-G.	Pers.-G.	Güter-	Neben-	Zu-	his Ende
		Berlehr	Vorlehr	Ginnahm.	Sept.
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1908: vorl.:	198 978	343 221	61 800	603 994	7 413 080
1907:	187 621	375 282	45 600	608 503	7 174 653
untersch. 1908: +	11 352	-32 061	+ 16 200	-4 500	+ 273 427
1907 endgültig:	175 877	393 519	79 712	649 108	7 779 845

**Zweite Volks-Worstellung im Neuen Stadttheater.** Am Sonntag den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet die zweite Volks-Worstellung statt, und zwar kommt Schillers Schauspiel "Wilhelm Tell" zur Darstellung. Zu dieser Volks-Worstellung ist der Preis sämtlicher Plätze im Theater zu dem einheitlichen Sache von 50 Pf. pro Platz vorzugeben. Die Gardeobogengebühr beträgt 10 Pf. pro Person extra. Um diese Volks-Worstellungen nur dem Arbeiter-Publikum zugänglich zu machen, werden die Plätze, wie das erstmal, durch das Los bestimmt und können daher nicht beliebig gewählt werden. Es werden aber auf Wunsch auch zwei und drei nebeneinanderliegende Sätze verkauft und extra ausgelöst. Der Vorverkauf reicht bis zur Auslösung der Plätze und findet am Freitag und Sonnabend je von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaternasse statt.

**Geforben ist nachmittags die Arbeiterin S.** welche gestern morgen ihre Kleider mit Petroleum abgoß und sie dann anzündete.

**Abstolzograg.** Ein polnischer Gutsarbeiter, der sich eine silberne Dameuhr auf Abzahlung kaufte, an der sich der Verkäufer bis zur vollen Bezahlung das Eigentum





# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 288.

Mittwoch, den 9. Dezember 1908.

15. Jahrg.

## Keine Rücksicht auf die Tabakarbeiter??

Nach den Meldungen der Organe der konservativen und der nationalliberalen Partei ist das Schicksal der Tabaksteuer in den Parteifaktionen bereits entschieden: „Erhöhung der Tabaksteuer in Anlehnung an die bestehende Steuergezeggebung unter Ablehnung der Bandertole“, erklärt am 2. Dezember die „Kölnische Zeitung“. Die „Deutsche Tageszeitung“ (1. Dezember 1908) ist derselben Meinung und fügt noch hinzu, daß die verbündeten Regierungen weniger Wert auf die Form der Steuer legen, als darauf, daß sie etwas einbringt. Angesichts dieser Situation dürfte es nunmehr aber doch wohl angebracht sein, die Parteien an ihre bisherige Haltung gegenüber einer Mehrbelastung des Tabaks zu erinnern.

### Konservative und Tabaksteuer.

Die Konservativen haben bisher in ihrer großen Mehrheit, ja meistens sogar einstimmig, gegen jede Mehrbelastung des Tabaks Stellung genommen, und zwar aus Rücksicht auf die brotlos werdenenden Tabakarbeiter!!

Die konservative „Kreuzzeitung“ hat wiederholt scharfe Artikel gegen jede Mehrbelastung des Tabaks gebracht. Am 30. September 1893 schrieb dieselbe: „Man kann nur mit Schrecken an die verheerenden Wirkungen der durch die Fabrikatsteuer bedingten Arbeitslosigkeit denken.“

Zu der beantragten Zollerhöhung von 85 Mk. auf 125 Mk. pro Doppelzettner erklärte am 10. Januar 1906 der konservative Abgeordnete Kettich: „Meine politischen Freunde haben manifsache Bedenken gegen dieselbe. Es läßt sich wohl nicht ableugnen, daß eine zu große Erhöhung des Zolls leicht die Tabakfabrikation und die Zigarrenfabrikation aus den bisherigen Stellen verdrängen könnte, und das wäre im Interesse der Arbeiterbevölkerung, die in der Tabakindustrie beschäftigt ist, im höchsten Grade zu bedauern. Das müßte vermieden werden.“

Graf Kanitz erklärte am 11. Januar 1906: daß er das Tabakmonopol noch immer für die glücklichste Lösung der Tabaksteuerungsfrage halte. „Wir gehen“, sagte er, „sehr ungern an diese Tabaksteuervorlage heran wegen der Arbeiter, die dort ihren Erwerb finden und welche schweren Schädigungen entgegengehen.“

v. Kordorf am 10. Januar 1906: „Zu vermeiden sind in der Tat Wiederholungen derjenigen Verschlebungen in der Fabrikation, welche seinerzeit dazu geführt haben, daß viele Tausende von Arbeitern im Norden Deutschlands — Hamburg, Bremen — sich in ihrem Erwerb gestört führen, und daß die Tabakfabrikation in Süddeutschland eingesetzt. Solche Verschiebungen sind sehr bedenklicher Natur, und wir sollten sehen, daß die durch dieses Tabaksteuergesetz vermieden würden.“

Gamp erklärte am 11. Januar 1906, daß er der beantragten Zollerhöhung noch weniger freundlich gegenüberstehe als die Mehrzahl seiner politischen Freunde, und bestreitet namentlich, daß die Industrie immer mehr nach dem Süden gedrängt werde.

Dass sie sich bei den eingehenden Kommissionsberatungen davon überzeugten, daß eine schwere Schädigung für die Tabakarbeiter, namentlich im nördlichen Deutschland, unvermeidlich sei, stimmten

die Konservativen, sowohl in der Kommission als im Plenum, gegen die Zollerhöhung.

**Die Nationalliberalen und die Tabakzollerhöhung.**  
Die Meldung, daß sich die nationalliberalen Fraktionen für eine Tabakzollerhöhung entschieden habe, klingt um so bestreitbarer, als die Nationalliberalen 1906 allein fünf Redner gegen die Zollerhöhung ins Feld schickten, die Abgeordneten Bassermann, Büsing, Bätz, Lichtenberger und Held.

Als langjähriger Fachmann schilderte am 12. Januar 1906 der Abgeordnete Lichtenberger die schlimmen Wirkungen der Zollerhöhung von 1879 auf die Industrie und vor allem auch auf den Tabakbau in Deutschland und erklärte zum Schluss: „Meine Herren, wir können also der vorgeschlagenen Erhöhung der Steuer und des Eingangszolls auf Rohtabak nicht zustimmen. Wir dürfen diesen Weg nicht beschreiten, der uns wiederum zu einem groben fiskalischen Eingriff in die wirtschaftlichen Verhältnisse führen würde, und den ich sozialpolitisch nur als gänzlich verkehrt und unzeitgemäß bezeichnen kann.“

Von den übrigen Rednern wollen wir nur die Aussführungen des Abgeordneten Büsing wiedergeben, der am 9. Januar 1906 das Folgende ausführte: „Anders, meine Herren, steht es mit der höheren Besteuerung des Tabaks. Ich gebe zu, daß der Tabak ein sehr geeignetes Steuerobjekt ist, aus dem andere Staaten ganz gewaltige Summen ziehen, teils in Form sehr hoher Zölle, teils in Form des Tabakmonopols. Aber meine Freunde und ich sind der Ansicht, daß für Deutschland der richtige Augenblick für eine eingreifende Besteuerung des Tabaks verpaßt ist, und daß sich dieses Versäumnis jetzt nicht wieder einholen läßt. (Sehr richtig.) Meine Herren, beim Tabak handelt es sich um drei Interessengruppen: um den inländischen Tabakbau, der geschützt werden will, um die süddeutsche Zigarrenindustrie, die den inländischen Tabak verarbeitet, und um die große norddeutsche Zigarrenindustrie, die ausländischen Tabak verarbeitet. Diese drei Betriebe haben sich mühsam aufgebaut und entwickelt auf der Tabaksteuergesetzgebung vom Jahre 1879. Jede Erhöhung des Zolls und jede Erhöhung der Inlandsteuer bringt eine Verschiebung der gegenseitigen Konkurrenz mit sich. Es ist nicht möglich, die Erhöhung der Inlandsteuer und die Erhöhung des Auslandszolls so gegeneinander abzuwagen, daß der gegenwärtige Wettbewerb zwischen diesen drei Faktoren dadurch nicht gestört oder beeinträchtigt wird. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die billige Zigarette des Massenverbrauchs. Wie Sie es auch einrichten, wie Sie auch den Zoll auf ausländischen Rohtabak gegenüber einer Erhöhung der Inlandsteuer erhöhen, immer ergibt sich eine Verschiebung der gegenseitigen Konkurrenzverhältnisse um so mehr, als dabei nicht nur Steuer und Zoll in Frage kommen, sondern auch noch manche andere Momente, wie z. B. der Unterschied zwischen der Höhe der Löhne in Norddeutschland und Süddeutschland. Also es ist nicht möglich, ohne sehr berechtigte Interessen zu schädigen, an der gegenwärtigen Besteuerung des Rohtabaks etwas zu ändern. Wie Ihnen bekannt, kommen in der Tabakindustrie ganz gewaltige Arbeitermengen in Frage. Es werden wohl über 200 000 Arbeiter sein, die in der deutschen Tabakindustrie beschäftigt sind. Sobald sie die Bedingungen des Wettbewerbs auch nur im geringsten ändern, leidet nicht nur die eine Industrie,

sondern es leiden die sämtlichen in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die unter Umständen brotlos werden können. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen, und deshalb komme ich zu dem Resultat, daß wir an der gegenwärtigen Besteuerung des Rohtabaks nichts ändern können.“

Wie angesichts dieser konsequenter Stellungnahme gegen jede Zollerhöhung im Jahre 1906 sich jetzt — nach zwei Jahren — die Nationalliberalen für eine Zollerhöhung erklärt haben sollen, erscheint für den einfachen Menschenverstand ganz unbegreiflich.

**Enormer Rückgang der Tabakindustrie in Preußen und Westfalen nach 1879.**  
Bekanntlich hat im Reichstage am 19. November der Reichsstatistiksekretär Dr. Sydow die Zahlen der Gewerbestatistik von 1875 und 1882 als miteinander vergleichbar erklärt.

Herr Dr. Sydow scheint sich mit den beiden statistischen Erhebungen nicht besonders eingehend beschäftigt zu haben, sonst müßte ihm doch aufgefallen sein, daß durch dieselben nur bestätigt wird, was die Gegner einer Zollerhöhung stets behauptet haben, nämlich, daß schon in der kurzen Periode nach 1879 die Verdrängung der Industrie vom Norden nach dem Süden ihren Anfang genommen hat. Wir wollen heute nur einmal an Preußen und besonders an Westfalen dem Herrn Statistiksekretär beweisen, welche Trugschlüsse er im Reichstage vorgetragen hat. Vergleichen wir zunächst ganz Preußen:

	Gesamtzahl	Gesamtzahl der der Betriebe tätigen Personen
1875 . . . . .	6621	59648
1882 . . . . .	7983	57019

Demnach hat sich die Zahl der Betriebe um 1362 vermehrt, die Zahl der in denselben tätigen Personen um 2629 vermindert. Ziehen wir die Zahl der Betriebsinhaber ab, so ergibt sich für 1875 die Zahl 53 027, für 1882 50 036. Rechnen wir zu der ersten Zahl, entsprechend dem Bevölkerungszuwachs, 7,2 Proz., so ergibt sich, daß durch die Zollerhöhung von 1879 in Preußen 7000 Personen aus der Industrie verdrängt wurden.

Betrachten wir unter den preußischen Provinzen einmal besonders Westfalen:

	Gesamtzahl	Gesamtzahl der der Betriebe tätigen Personen
1875 . . . . .	742	10725
1882 . . . . .	880	8940

Die Zahl der Betriebe hat also um 138 zugenommen, die Zahl der in denselben tätigen Personen sich um 1785 vermindert.

Befahren wir wiederum wie oben, so kommen wir zu dem Resultat, daß in Westfalen durch die Zollerhöhung 2669 Personen existenzlos wurden. Wer die damalige Entwicklung der Verhältnisse kennt, weiß, daß diese Feststellung der Wirklichkeit entsprechen dürfte, da nach 1879 die Auffertigung von 4 Pfennig-Zigaretten in Westfalen vollständig eingestellt werden mußte.

**Die weiße Nelke.**  
Kriminal-Roman von F. Kaulbach.  
(36. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.  
Iwanigstes Kapitel.

Es war ein heller, sonniger Spätherbsttag, und als Meta sah, wie niedergedrückt Elisabeth war, machte sie ihr den Vorschlag, ein wenig aus der Stadt hinauszufahren, um in der freien Natur die Seele zu erfrischen.

Elisabeth gab nach, und bald rollte der Wagen mit den beiden Mädchen durch die Straßen dahin. Zuerst konnten sie in dem Warm- und Wagengassel um sie herum nur wenig reden. Als sie aber aus den lebhaften Stadtvierteln in eine stillere Gegend kamen, besprachen sie wieder mit Elsifer die Sache, die ihnen jetzt einzlig am Herzen lag.

Sie waren in die Hauptstraße von Schöneberg gelangt, wo es noch einfache, einfältige Giebelhäuser gibt. Blößlich ergriff Meta beim Anschauen eines solchen Häuschens Elisabeths Arm krampfhaft, stieß einen Schrei aus und rief atemlos: „Fräulein Seydel, — sehen Sie dort, — in dem niedrigen Erdgeschloß, — die Nelke, — die weiße Nelke!“ Zum erstenmal zeigte Meta sich wieder in ihrer alten, überschäumenden Lebhaftigkeit, die während ihrer schweren Leidenszeit völlig niedergedrückt gewesen war.

Auch Elisabeth erblickte nun die heiße Sehnsucht Blüte, die einzige, die aus den feinen Blättern hellblauem Hintergrund hervorragte.

„Ist es denn wirklich dieselbe Nelke, die wir suchen?“ fragte sie, von einer tiefen Bewegung durchzittert, zagen, bekommnis.

„Ja, ja, Fräulein Seydel. Sie können es glauben, — dieses ist die Nelke, die wir suchen“, gab Meta eifrig zur Antwort. Sie war bereits aus dem Wagen gesprungen und musterte die Blume am Fenster genau.

„Die Farbe, die Größe und diese wunderbare Zeichnung der Blütenblätter, — hier ist gar kein Fertum mehr möglich.“

Dann ließen Sie uns hineingehen und fragen, ob der Besitzer dieser Nelke uns auf eine weitere Spur verhelfen kann“, sagte Elisabeth; sie konnte die stürmische Freude Metas nicht teilen. Eine unerträgliche Angst vor einer neuen Enttäuschung schnürte ihr die Brust zusammen.

Sie traten ins Haus ein, an dessen Tür ein kleines Schild den Namen: „Marie Schneider, Wwe.“ trug.

Wie überrascht waren sie, als ein auffallend schönes Mädchen mit schwimmenden, goldblonden Haaren ihnen die Tür öffnete. Sie trug Trauertkleidung. Der zauberhafte Liebreiz des jungen Geschöpfes fiel besonders der feinsinnigen Elisabeth auf. Welch ein schweigsamer

Ausdruck schaute aus den dunkelblauen Augen, lag um den reizenden Mund! Die junge Dame sah ganz betroffen die hohe Erscheinung an; „eine Gretchenfigur“, dachte sie, „wie sie dem Dichter nicht inniger und süßer vorgeschwebt haben könnte.“ Es kam ihr vor wie ein Wunder: hier, am Ende Berlins, in dieser nüchternen Umgebung dieses schöne Mädchen! Und das Haus, das es bewohnte, barg die geheimnisvolle Blume, die ihr die Spur zur Erreichung eines großen, heißersehnten Ziels zeigen sollte!

Das Mädchen fragte nach ihren und Meta Henzens Wünschen.

„Sind Sie Fräulein Schneider?“ erkundigte sich Elisabeth freundlich.

„Ja, — Anna Schneider“, gab das junge Mädchen in befreitem Tone zurück; ihr Name, ihre Haltung hatten etwas seltsam Gedrücktes, das ihrer Schönheit einen rührrenden Ausdruck verlieh. „Wollten Sie meine Mutter sprechen? Dann bitte, treten Sie hier ein.“

Auf Elisabeths Zustimmende Antwort öffnete sie die Stubentür und trat in Begleitung der Gäste ins Zimmer. Meta erblickte in dem bescheidenen Raum nichts weiter, als den Nesselstock am Fenster, aus dessen hellgrünem Blättergewirr die einzige weiße, rotgezeichnete Nelke hervorleuchtete. Und wäre Meta noch im Zweifel über die Übereinstimmung dieser Nelkenart mit der verhängnisvollen Blume gewesen, so hätte der eigentlich süße Duft, den jene ausströmte, ihr völlige Gewißheit gegeben; dieser Duft würde ihr zielbehoben die Erinnerung an jenen schrecklichen Sommermorgen wachrufen, an das schreckliche Ereignis, stattgefunden hatte!

Elisabeth hatte indessen eine alltägliche, blaue Frau begüßt, die von ihrem Küppelkäse aufgestanden war und ebenso zuvorkommend, nur viel redseliger, als die Tochter, nach den Wünschen der Damen fragte. Sie schob einen Haufen Weißzeug vom Sofa herunter und bot Elisabeth und Meta einen Platz an.

„Ich habe eine Bitte an Sie, Frau Schneider,“ begann Elisabeth. „Sie haben da einen seltenen Nesselstock, würden Sie mir die eine Blüte, die er jetzt trägt, wohl überlassen? Ich weiß, daß ich Ihnen eine Freude rause, indem ich Sie bitte, diese letzte Blüte abzuschneiden. Aber, — wenn Sie möchten, was sie mir wert ist, dann würden Sie mein Verlangen begreifen.“ (Fortschung folgt.)





